

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wird der Währungsvertrag bei den Verhandlungen mit der Schweiz vergessen?

Markus Büchel, FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, über die Verhandlungen zur Anpassung des Zollvertrages an das Ja Liechtensteins zum EWR-Abkommen

Seit den unterschiedlichen EWR-Abstimmungsergebnissen in Liechtenstein und der Schweiz steht der Zollvertrag im Mittelpunkt des Interesses. Bekanntlich verwenden wir aber auch den Schweizer Franken als unsere Währung. Äusserungen des Nationalbankpräsidenten sollten zu denken geben.

Die Verhandlungen zur Abänderung des Zollvertrages haben relativ rasch begonnen. Auf die Problematik, dass nicht alle Wirtschaftsverbände und vor allem der Landtag bzw. Landesausschuss nicht informiert wurden, sei hier nicht weiter eingegangen. Zu denken gibt jedoch, wenn Dr. Markus Lusser als Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank Kritik an unserem Land laut werden lässt, bei unseren Politikern jedoch keine Reaktion erfolgt. Eine erfolgreiche liechtensteinische Wirtschaft ist aber wesentlich auch davon abhängig, dass wir ohne grosse Probleme den Schweizerfranken benützen können.

«Rucksack um Besonderheiten erleichtern?»

Nationalpräsident Lusser bringt zwar Verständnis dafür auf, dass Liechtenstein aus dem schweizerischen Rucksack aussteigt. Er fügt allerdings den Wunsch an, den Rucksack auch um verschiedene Besonderheiten zu erleichtern, von denen wir seiner Meinung nach profitieren.

Es handelt sich um Vorteile im Geld- und Bankenbereich, die in der Schweiz nicht gestattet sind. Obwohl wir ebenfalls den Schweizerfranken verwenden, seien unsere Gesetze in mancher Hinsicht lockerer als die betreffenden schweizerischen Vorschriften.

Keine Gespräche mit der Nationalbank?

Seine Aussagen stützt Dr. Lusser auf einen 1990 erschienen Bericht der Eidgenössischen Bankkommission über die Finanzbeziehungen der Schweizeri-

schen Eidgenossenschaft zum Fürstentum Liechtenstein. Dieser Bericht ist sehr lesenswert, da er umfassend die Rechtsgrundlagen und Rechtsunterschiede in diesem für unsere Volkswirtschaft sehr bedeutsamen Sektor in allen Details aufzeigt. Allerdings enthält der Bericht auch einzelne Fehler: Für Steuerbetrug ist auch liechtensteinische Rechtshilfe möglich. Da Dr. Lusser diesen Vorwurf wiederholt, wurde das in den letzten drei Jahren mit ihm offensichtlich nicht besprochen.

Der erwähnte Bericht bringt aber auch in manchen Bereichen nicht das nötige Verständnis für unsere Besonderheiten auf, die durch unsere speziellen Verhältnisse bedingt sind, so etwa im Bereich der Sorgfaltspflichtvereinbarung. Führt unsere Regierung mit der Schweizerischen Nationalbank keine Gespräche?

Warum wird gemischte Kommission nicht einberufen?

Im Währungsvertrag ist eine Gemischte Kommission Schweiz-Liechtenstein vorgesehen. Es läge doch auf der Hand, diese Kommission einzuberufen, wenn der Nationalbankpräsident in Zeitungen laut über Probleme mit Liechtenstein wegen des unterschiedlichen EWR-Abstimmungsergebnisses nachdenkt. Wäre es nicht auch angebracht, dass der Bankenverband in dieser Kommission vertreten wäre, nachdem auch die Industriekammer in der Verhandlungskommission Zollvertrag Einsitz nehmen konnte?

Vorherige Regelung notwendig

Wie man aus Bankreisen hört, sind Probleme mit dem Währungsvertrag durchaus denkbar. Die Schweiz könnte, ohne dass sie auf EWR-Verpflichtungen Rücksicht nehmen müsste, Rechtsvorschriften ändern, die aufgrund des



Markus Büchel, FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, über die Änderung des Zollvertrages mit der Schweiz und über den Währungsvertrag: «Führt unsere Regierung mit der Schweizerischen Nationalbank keine Gespräche?»

Währungsvertrages auch für Liechtenstein Geltung haben. Ohne dass wir etwas dagegen unternehmen könnten, würden wir also gegenüber unseren EWR-Vertragspartnern vertragsbrüchig. So etwas muss doch vorher geregelt werden!

Warum keine umfassende Information?

Wir haben aber noch mehr Verträge

mit der Schweiz, so den PTT-Vertrag, den Patentschutzvertrag und den Niederlassungsvertrag. Wurde untersucht, ob es dort nirgends Probleme gibt? Wurde der guten Ordnung halber, wie es sich in freundlicher Weise gehört, wenigstens ein erster Kontakt mit den zuständigen Behörden gesucht? Wenn dies geschehen wäre, warum informiert die Regierung nicht umfassend? Die be-

troffenen Wirtschaftskreise wären daran sehr interessiert. Wie soll sonst eine zukunftsgerichtete Unternehmenspolitik möglich sein, bei allen sonstigen Unsicherheiten? Die Informationspolitik der Regierung war ein Hauptkritikpunkt vor der EWR-Abstimmung. Man muss sich fragen, ob die Regierung nicht lernfähig ist. Wie soll sonst die Zukunft Zukunft haben?

Balzers erwirtschaftet positives Ergebnis

Zürich (spk) Die Sanierungsmassnahmen bei Oerlikon-Bührle (OB) beginnen Früchte zu tragen. Im Geschäftsjahr 1992 weist der Mischkonzern erstmals seit sechs Jahren wieder einen Gewinn aus. Dieser liege «etwas über fünf Mio Franken», wie OB-Verwaltungsratspräsident Hans Widmer am Dienstag auf Anfrage erklärte. Die Nettoverschuldung konnte weiter abgebaut werden.

Balzers mit einem Umsatz von 470 Mio Franken habe die Restrukturierung hinter sich und sei definitiv aus der «Intensivstation» entlassen. Die Aussichten auf eine Ertragssteigerung sind Widmer zufolge aber auch hier gut.

(Ausführlicher Bericht siehe Seite 17 «Zeitgeschehen»)



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY office
FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075-2 44 22

«EWR-Beitritt Liechtensteins steht in den Sternen»

Skepsis bei der Schweizer Verhandlungsführung: «Haben noch nichts gefunden»

Bern (spk) Ob das Fürstentum Liechtenstein jemals in den EWR eintreten kann, steht in den Sternen. Noch sind keine Lösungen für die Probleme in Sicht, die bei einem EWR-Beitritt Liechtensteins für die Beziehungen mit der Schweiz entstehen. Dies erklärte Prinz Nikolaus von Liechtenstein am Mittwoch vor der Berner Wirtschaftskammer der Jungen.

Die offenen Grenzen mit der Schweiz haben für das Fürstentum Liechtenstein klar Priorität, erklärte Prinz Nikolaus in Bern. Wenn für die Probleme, die ein EWR-Beitritt des Fürstentums für den Zollvertrag mit der Schweiz aufwerfe, keine Lösungen gefunden würden, bleibe auch Liechtenstein draussen.

Während Prinz Nikolaus, Liechtensteiner Botschafter in Bern, in Anbetracht der «zahlreichen Probleme» zuversichtlich in den EWR blickt, äusserte sich der Schweizer Verhandlungsführer und Vize-Direktor der Direktion für internationales öffentliches Recht, Franz von Däniken, eher skeptisch: «Wir suchen auf allen Ebenen, aber gefunden haben wir noch nichts.»

Unterdessen werden auch aus Brüssel und den EG-Ländern skeptische Stimmen hörbar, wie der Prinz ausführte. Die Schweiz könnte auch hier als Bremsklotz für die Realisierung des EWR wirken, lautet eine Befürchtung. Dass die Schweiz das Fürstentum als Hintertüre in den EWR benützen könnte, lautete eine andere.

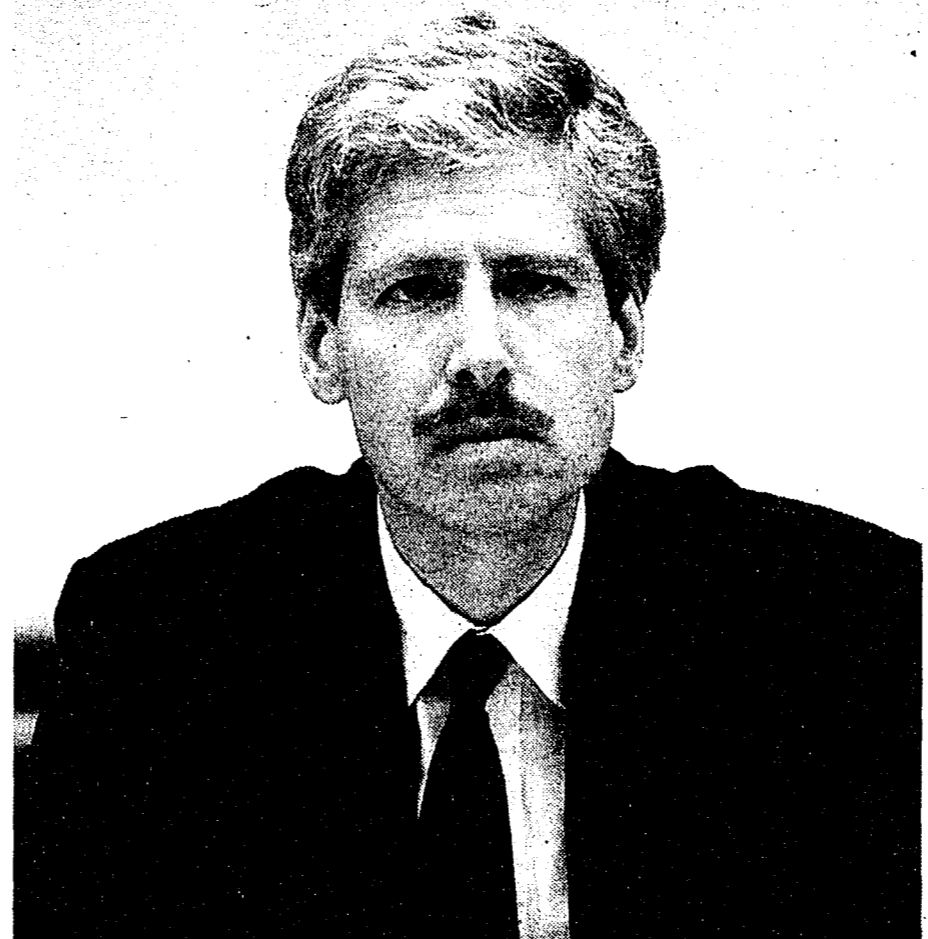
Zeitrahmen ungewiss
Klar scheint dem Prinzen indessen

schon, dass noch viel Zeit vergehen wird, bis der EWR auch für Liechtenstein in Kraft treten kann – oder auch nicht.

Ob bis zum ersten Juli, dem anvisierten Stichtag für das Inkrafttreten des EWR, eine Lösung gefunden ist, bleibt zweifelhaft. Das Fürstentum habe sich in Brüssel bereits bereit er-

klärt, dem EWR gegebenenfalls später beizutreten.

Das Ja Liechtensteins zum EWR wirft vor allem Schwierigkeiten im Bereich der Zolltarife und der Ursprungszeugnisse für Waren auf. «Wir werden viel Verständnis seitens der EWR-Partner benötigen», meinte Prinz Nikolaus.



Noch sind keine Lösungen für die Probleme in Sicht: Botschafter Prinz Nikolaus gestern in Bern. (Archivbild)

Reformpaket nach Schweizer EWR-Nein

Bern (AP) Der Bundesrat will nach dem Nein zum EWR die Isolation der Schweiz mit einem Reformpaket verhindern. Das am Mittwoch verabschiedete Programm enthält 36 der 50 Eurolex-Vorlagen, ein wirtschaftspolitisches Fitnessprogramm sowie eine Strategie des Offenhaltens aller aussenpolitischen Optionen. Als ungenügend findet der Bundesrat die vom Parlament angeregte Steuerreform.

Es gehe darum, nicht in Resignation zu verfallen, sondern aus der entstandenen Lage das Beste zu machen, heisst es in der Mitteilung der Bundeskanzlei unter Berufung auf Bundespräsident Adolf Ogi.

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber
Schmid Huber
Vacheron
Jubilee 55
Waltham